

Eingänge und Mitteilungen für die Sitzung des Integrationsrates am 09.03.2011

1. Informationen aus der Koordinierungsstelle:

- Frist für die Übersendung der Protokolle des Integrationsrates:

Prüfung der insofern einschlägigen gesetzlichen Grundlagen der Gemeindeordnung NRW sowie die der Geschäftsordnung für den Rat, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen der Stadt Münster, die mangels des Beschlusses einer eigenen Geschäftsordnung des Integrationsrates analoge Anwendung findet durch die Geschäftsstelle.

Ergebnis: Keine Anhaltspunkte für eine Wochenfrist

Antwortschreiben an Herrn Yesilyaprak am 08.02.2011 erfolgt.

- Antrag von Herrn Köhn: Informationsoffensive über das Bildungsangebot in Münster für Eltern mit Migrationsvorgeschichte soll heute eingebracht werden- Tischvorlage
- Am 19.05. findet ein Brückenaustausch zum Thema Häusliche Gewalt unter Beteiligung des Frauenbüros und den AG's Häusliche Gewalt in Münster und Twente unter Beteiligung von Gemeinden, Polizei, Wohlfahrtsverbänden und Experten statt.
- Aktuelle verfügbare Mittel des Integrationsrates: **38.176,88 €**

2. Allgemeine Informationen:

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Freiwillig. Etwas bewegen!«: So lautet das Motto des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit (EJF) 2011, das heute im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in Berlin auch in Deutschland feierlich eröffnet wird. Mit dem EJF 2011 möchte die Europäische Union das bürgerschaftliche Engagement in Europa stärken und die Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten innerhalb der EU verbessern.

Über die vielfältigen EJF-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen informiert ab sofort eine neue Rubrik auf dem Internetportal www.engagiert-in-nrw.de. Neben allgemeinen Informationen zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit finden sich dort kompakte Informationen und Hinweise zu Veranstaltungen und Fachtagungen rund um das EJF 2011 in NRW sowie europabezogene Engagementbeispiele aus Nordrhein-Westfalen. Das Angebot wird ständig aktualisiert und erweitert.

3. Information des Landesintegrationsrates

- **Seminare und Tagungen des Landesintegrationsrates**

Bocholter Forum, 27. bis 29. Mai 2011 in Hamminkeln-Dingden

"Wie attraktiv ist Deutschland für Zuwanderinnen und Zuwanderer?" bzw. "Wie offen ist die deutsche Gesellschaft?" sind Fragen, die im Mittelpunkt des nächsten Bocholter Forums stehen. Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Politik werden zuerst mit Vorträgen, Referaten oder

Statements auf die Fragestellung eingehen. Anschließend werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit bekommen, mit den Referenten ins Gespräch zu kommen.

Arbeiten im Integrationsrat - Einführung in die Grundzüge politischen Handelns 2. bis 3. Juli 2011, Hamminkeln-Dingden

Die Programme zu den Veranstaltungen werden rechtzeitig auf der Internetseite des Landesintegrationsrates bekannt gegeben.

4. Pressemitteilungen:

• Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales vom 16.02.2011

Arbeits- und Integrationsminister Schneider: „Der Bund muss bei der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen dringend nachbessern - Potenziale bleiben ungenutzt“

Mit Blick auf den Fachkräftebedarf fordert Nordrhein-Westfalens Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider die Bundesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen dringend nachzubessern. „Allein in Nordrhein-Westfalen leben bis zu 130.000 Menschen mit Migrationshintergrund, deren berufliche Potentiale ungenutzt bleiben, weil deren Qualifikationen hier nicht oder nur unzureichend anerkannt werden“, sagte Schneider. „Darunter sind Mediziner und Ingenieure, die wir auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen.“ Auch gehöre es zu einer Willkommenskultur, die Potenziale zu nutzen.

• Pressemitteilung des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 17.02.2011

1.100 Polizisten vereidigt - 124 mit Migrationshintergrund / Minister Jäger: NRW-Polizei setzt verstärkt auf Nachwuchs mit Zuwanderungsgeschichte

Die NRW-Polizei setzt verstärkt auf junge Leute mit Zuwanderungshintergrund. "Sie besitzen durch ihre Sprachkenntnisse und kulturellen Hintergründe besondere Kompetenzen. Das wird im täglichen Polizeidienst immer wichtiger", sagte Innenminister Ralf Jäger heute in Essen. Dort wurden 1.100 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter - erstmalig in der neuen blauen Uniform - vereidigt; 124 von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Das sind mehr als 11 Prozent. "Der beste Weg zur Integration führt über Bildung. Diese 124 angehenden Polizistinnen und Polizisten sind Vorbilder dafür, dass jeder, unabhängig von seiner Herkunft, die Chance hat, erfolgreich zu sein", bekräftigte der Minister. "Wir wollen den Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei der Polizei weiter erhöhen und werben deshalb gezielt um sie."

• Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales vom 21.02.2011

Startschuss für: „Stadtteilmütter in NRW - Aktiv für Arbeit und Integration“

In einem gemeinsamen Projekt der Bundesagentur für Arbeit und des Arbeitsministeriums werden arbeitslose Frauen mit Zuwanderungsgeschichte als soziale Ansprechpartnerinnen für Migrantenfamilien in ihrem Stadtteil qualifiziert. Zugleich qualifizieren sich die „Stadtteilmütter“ selbst weiter – beispielsweise für eine Tätigkeit im sozialen Bereich. „Weil die Stadtteilmütter selbst Kinder haben, die Sprache ihrer Klienten sprechen und deren Probleme kennen, werden sie akzeptiert und sind ideale Multiplikatorinnen. Dass wir mit diesem Projekt gleichzeitig die persönlichen und beruflichen

Potenziale noch arbeitsloser Migrantinnen erschließen, freut mich als Arbeits- und Integrationsminister besonders“, sagte Minister Schneider in Düsseldorf.

- **Pressemitteilung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 22.02.2011**

Landesregierung und Muslime erzielen Durchbruch auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht

Schulministerin Sylvia Löhrmann und der Koordinierungsrat der Muslime haben heute in Düsseldorf offiziell Einvernehmen über eine Gemeinsame Erklärung zur Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts erzielt. "Auf dem Weg zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts haben wir heute endlich nach jahrelangen Gesprächen den entscheidenden Durchbruch erzielt", erklärte Ministerin Löhrmann. In der Gemeinsamen Erklärung haben Schulministerium und Koordinierungsrat vereinbart, einen Beirat einzuberufen, der die religiösen Grundsätze der Muslime gegenüber dem Land formuliert und bei der Einrichtung und Durchführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts mitwirkt – so wie die Kirchen beim evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Zur Umsetzung des Vorhabens ist eine Schulgesetzänderung erforderlich, die auch für die rechtliche Absicherung des Beiratsmodells sorgt.

ERROR: syntaxerror
OFFENDING COMMAND: --nostringval--

STACK:

/Title
()
/Subject
(D:20111003114631)
/ModDate
()
/Keywords
(PDFCreator Version 0.8.0)
/Creator
(D:20111003114631)
/CreationDate
(Rischer)
/Author
-mark-